

Landkreis sperrt sich gegen Oberstufe an IGS

Mehrheit der befragten Eltern wünscht dieses Angebot / Bohlmann: Gefahr für Standort Oyten

VON MICHAEL MIX

Achim – Die meisten Eltern der Schülerinnen und Schüler an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Achim befürworten das Angebot einer gymnasialen Oberstufe dort. Eine von der Gruppe SPD/Mindermann sowie den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und WGA im Rat veranlasste Befragung der Stadt ergab dafür eine Mehrheit von 73,2 Prozent. 358 der 489 stimmberechtigten Eltern der Fünft- bis Achtklässler äußerten danach den Wunsch, ihr Kind vom Schuljahr 2023/24 an das Abitur oder Fachabi an der IGS Achim machen zu lassen, sollte es den erweiterten Sekundarabschluss I erlangen. Allerdings lehnt der Landkreis eine weitere gymnasiale Oberstufe insbesondere mit Blick auf die „vorhandenen Kapazitäten bei der IGS Oyten“ vehement ab. Der Schulausschuss des Stadtrats wird sich mit dem brisanten Thema in seiner öffentlichen Sitzung am kommenden Montag ab 17 Uhr im Ratssaal befassen.

„Ein Überangebot im Nordkreis würde die schon jetzt bestehende regionale Unausgewogenheit im Landkreis Verden weiter verstärken. Das ist nicht hinnehmbar“, teilt Landrat Peter Bohlmann Bürgermeister Rainer Ditzfeld unmissverständlich mit. Ausführlich erläutert der

liche Bildungsangebot“ hinausgehe und der Kreis Verden in seinem Gebiet als Träger der öffentlichen Aufgaben und der regionalen Raumordnung in seinen Interessen beeinträchtigt sein könne, sei dieser zu beteiligen, erklärt Bohlmann. Auch könnte die Gemeinde Oyten

sechs Klassen pro Jahrgang, habe die IGS Oyten 2018 eine Oberstufe in Betrieb nehmen dürfen. Inzwischen, nach dem Start der IGS Achim, hätten sich die Zahlen teilweise halbiert.

Aber auch über die Oberstufe an der IGS Oyten hinaus gebe es im Nordkreis ausrei-

Oberstufe der IGS Oyten werden würde“, merkt der Landrat an. Kein Schulträger dürfe seine Schulen auf Kosten eines anderen entwickeln.

Nach der Elternbefragung fordert der Landkreis die Stadt dazu auf, zu ermitteln, „welche Schulen zum Einzugsbereich einer Oberstufe

Dagegen hätten sich immer weniger Grundschüler im Stadtgebiet beziehungsweise deren Eltern für die IGS entschieden. Die Übergangsquote sei von 34 Prozent im Sommer 2018 auf 26 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. „Ihre Prognose, dass die Klassen an der IGS Achim

dem Bürgermeister eine klare Botschaft: „Die vom Landkreis Verden ermittelte Schülerzahlenprognose rechtfertigt eine Erweiterung der IGS Achim daher nicht.“

Abschließend empfiehlt Landrat Bohlmann Achims Bürgermeister Ditzfeld, mit der Gemeinde Oyten als Trä-



Die Integrierte Gesamtschule in Achim soll nach dem Willen der Ratsmehrheit und der Eltern um eine Oberstufe erweitert werden.

FOTO: MIX

Chef der Kreisverwaltung in dem mehrseitigen Schreiben an den Obersten im Rathaus die Position der übergeordneten Behörde in der Angelegenheit. Zwar sei die Stadt Achim Träger der 2017 gestarteten IGS. Jedoch habe die Landesschulbehörde diesem Schritt im Einvernehmen mit dem Landkreis nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass es bei der derzeit genehmigten Sekundarstufe I „und damit ohne nennenswerte Angebotserweiterungen“ bleibe. Aber genau die seien nun beabsichtigt.

Dabei dürfe eine Schulträgerschaft in kommunaler Hand „der Entwicklung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots nicht entgegenstehen“. Da die Gesetzesformulierung „regionales Bildungsangebot“ über das „ört-

als Träger der dortigen, benachbarten IGS durch die Achimer Pläne ins Hintertreffen geraten. „Entsprechend ist ein Einvernehmen des Landkreises Verden herzustellen“, folgert der Landrat.

Eine regionale Ausgeglichenheit werde durch das Vorhaben „in keiner Weise gefördert, weil sich die zweite IGS im Kreisgebiet in der Gemeinde Oyten in Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft befindet“, lässt Bohlmann den Bürgermeister wissen und fügt hinzu: „Eine Schule, die 2011 auf der Grundlage einer Bedarfsabfrage gegründet wurde, die auch die Stadt Achim mit einschloss, was in den Anfangsjahren auch bedeutende Anmeldezahlen aus der Stadt Achim mit sich brachte.“ Nur dank einer erreichten Sechszügigkeit, also

chend gymnasiale Angebote im Sekundarbereich II. Bohlmann verweist auf die beiden Achimer Gymnasien und erwähnt zudem die BBS Verden. „Bei einer Erweiterung der IGS Achim würde es demzufolge zu einer unmäßigen Ballung eines Bildungsangebots auf engem Raum kommen, die nicht nur die örtliche Bildungsnachfrage gerechtfertigt ist“, stellt Bohlmann fest.

Laut dem niedersächsischen Schulgesetz müsse eine Oberstufe mindestens dreizügig sein, was eine Mindestzahl von 54 Schülerinnen und Schülern bedeute. „Auch schwache Vierzügigkeiten in der fünften Klasse wie bei Ihnen rechtfertigen keine Oberstufe, und eindeutig ist, dass eine solche an der IGS Achim existenzbedrohend für die

an der IGS Achim gehören könnten“ und wieviele Schü-

„Ein Überangebot im Nordkreis würde die schon jetzt bestehende regionale Unausgewogenheit im Landkreis Verden weiter verstärken. Das ist nicht hinnehmbar.“

Landrat Peter Bohlmann

ler von außerhalb diese in den nächsten zehn Jahren besuchen würden. Auch sei die Übergangsquote zu den Gymnasien, die in Achim in den beiden vergangenen Sommern im Mittelwert bei 54 Prozent gelegen habe, zu berücksichtigen.

perspektivisch siebenzünftig sind, halte ich für unrealistisch“, schreibt Bohlmann an Ditzfeld. Daraus lasse sich nur schwer das Potenzial für eine dreizügige Oberstufe ableiten. Und unter den Bedingungen des Zentralabiturs sei auch kaum mit einer nennenswerten Zahl von Wechsellern aus den Gymnasien zu rechnen.

„Mit sinkenden Übergangszahlen von den Grundschulen zur IGS Achim und sich gleichzeitig nicht deutlich erhöhenden Geburtenzahlen für die Stadt Achim wird es nicht möglich sein, eine Oberstufe an der IGS Achim zu etablieren“, betont Bohlmann. In den vergangenen sieben Jahren seien durchschnittlich 357 Achimer Kinder pro Jahr geboren worden.

Der Landrat übermittelt

gerin der dortigen IGS zu besprechen, „wie eine starke und nachhaltige Oberstufe in den nördlichen Kommunen des Landkreises Verden gesichert und möglicherweise ausgebaut werden könnte“. Das sei insofern dringend, weil die Nachbargemeinde millionenschwere Investitionen auch für ihre Oberstufe plane, die nicht wirtschaftlich wären, wenn die IGS ihre Oberstufe auf Grund zu geringer Schülerzahlen verlieren würde. Wenn sich ein abgestimmtes Vorgehen ergäbe, wäre das aus Sicht von Peter Bohlmann „sinnvoll, weil beide Kommunen die überdurchschnittlichen finanziellen Aufwendungen für Oberstufen, unter anderem durch deren hohen Anteil an Fachräumen, berücksichtigen müssen“.